

# DIE ATOMKATASTROPHE IN JAPAN UND DEUTSCHE REAKTIONEN

*Christian Hübner, Koordinator für Umwelt, Klima und Energie*

Japan ist von einer unvergleichlichen Katastrophe betroffen. Massive Erdbeben und ein Tsunami haben neben den umfangreichen Zerstörungen und vielen Toten dazu geführt, dass die Sicherheit des japanischen Atomkraftwerkes Fukushima nicht mehr gewährleistet ist. Erste radioaktive Strahlungsvergiftungen sind eingetreten. Die mittel- bis langfristigen Folgen sind ungewiss.

Weltweit ist dadurch, in einem sehr unterschiedlichen Maße, eine Debatte in Gang gesetzt worden, die sich mit der Beherrschbarkeit von Sicherheitsrisiken bei der Nutzung von Atomkraft zur Energiegewinnung auseinandersetzt. Letztlich ist der bisher für unwahrscheinlich gehaltene Fall des „Restrisikos“ nun eingetreten.

Die politischen Konsequenzen für Japan sind zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abzusehen, der weitere Verlauf der Atomkatastrophe wird dafür den Ausschlag geben. Dessen ungeachtet wurde dieses Ereignis bereits als Zäsur charakterisiert, die den Beginn für eine schnellere Veränderung der energiepolitischen Rahmenbedingungen bedeuten könnte. Ein Blick auf die Reaktionen weltweit sowie auf unsere unmittelbaren europäischen Nachbarn verrät aber, dass sich dort bisher kein fundamentaler Kurswechsel abzeichnet.

In *Deutschland* ist hingegen eine intensive Debatte über die Nutzung von Atomenergie entbrannt. Obwohl hierzulande der Ausstieg aus der Atomkraft bereits beschlossene Sache ist, entzündete sich die Diskussion vor allem an der Frage, wann dieser Ausstieg umgesetzt werden soll.

Die Ängste der Menschen in Deutschland beruhen darauf, dass auch hierzulande ein AKW außer Kontrolle geraten und zu einer Katastrophe führen könnte. Eine sachliche energiepolitische, geschweige denn eine klimapolitische Debatte kann vor diesem Hintergrund kaum noch stattfinden. In den Vordergrund rückt stattdessen eine hoch emotionalisierte sicherheitsorientierte Diskussion.

Die Bundesregierung hat daher in einem ersten Schritt zunächst ältere AKW heruntergefahren. Zudem werden zwei Kommissionen eingesetzt, die sich mit den technischen und den ethischen Fragen der AKW-Nutzung auseinandersetzen sollen. Der frühere Umweltminister und Exekutivdirektor des Umweltprogramms der Vereinten Nationen, sowie Gründungsdirektor (2009) und derzeitiger Exekutivdirektor des *Institute for Advanced Sustainability Studies* (IASS) in Potsdam, Professor Klaus Töpfer, und der Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Matthias Kleiner, sollen dabei den Vorsitz der Ethikkommission übernehmen.

In der nun erfolgenden Debatte wird es vor allem um die Konsequenzen der Atomkatastrophe in Japan für Deutschland gehen. Hierbei muss erneut diskutiert werden, wie der Übergang in ein Zeitalter der Erneuerbaren Energien gestaltet werden kann und welche Rolle AKW auf den Weg dorthin einnehmen sollten.

Das Energiekonzept der Bundesregierung vom letzten Jahr hat im Grunde einen breiten Mix an Möglichkeiten für den Eintritt in ein Zeitalter der Erneuerbaren Energien gelegt. Leider hat sich die bisherige Debatte fast ausschließlich auf die Verlängerung der Nutzung von AKW bezogen, statt zügig auf die einzelnen Möglichkeiten und Widerstände zur verstärkten Nutzung von Erneuerbaren Energien einzugehen.

Letztlich wird es aber vermutlich darum gehen, wie wir es schaffen können, die Energiewende zu finanzieren, ohne dabei den Verbraucher mit zu starken Kostensteigerungen zu belasten. Dafür wird entscheidend sein, wie konsequent wir den Ausbau des technologischen Wettbewerbsvorteils bei der Erforschung und Entwicklung von Erneuerbaren Energien vorantreiben können und wie schnell es uns gelingt, die Erneuerbaren Energien in die Marktfähigkeit zu überführen. Des Weiteren darf auch nicht vergessen werden, dass konventionelle Energieträger wie Erdgas und Kohle einen wichtigen Zwischenschritt zur vollständigen Energiewende hin zur nachhaltigen Energieversorgung bilden. Hier kommt es deshalb darauf an, sie so effizient und klimaschonend wie möglich zu nutzen.

Als vielleicht wichtigstes Element zum Gelingen einer Energiewende in Deutschland ist aber die Europäische Union zu nennen. Ohne einen funktionsfähigen EU-

Energiebinnenmarkt wird eine auf Erneuerbare Energien basierende Energieversorgung für Deutschland kaum möglich sein.

## EUROPÄISCHE UNION

*Joscha Ritz | KAS-Europabüro, Brüssel*

Die Europäische Union hat umgehend auf das Atomunglück in Japan reagiert. Bereits am Rande des Sondergipfels der Staats- und Regierungschefs am 11. März unterstrichen Van Rompuy, der Präsident des Europäischen Rats, und Kommissionspräsident Barroso in einer gemeinsamen Erklärung ihre Solidarität mit Japan. Energiepolitisch bestand die Herausforderung darin, eine gemeinsame europäische Antwort zu finden, um – im Geiste der Solidarität – der Verflechtung zwischen den Mitgliedstaaten Rechnung zu tragen. Dies wurde zum einen dadurch erschwert, dass die Positionen der Mitgliedstaaten zur Atomenergie stark divergieren. Zum anderen liegen der nationale Energiemix sowie weite Teile der nuklearen Sicherheit in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Auf einem eilig durch Energiekommissar Günther Oettinger einberaumten Sondertreffen einigten sich die EU-Energieminister am 15. März auf EU-weit einheitliche Stresstests für die 143 Atomkraftwerke in der EU. Dabei sollen Risiken wie Erdbeben, Flugzeugabstürze, Terror- oder Cyberangriffe, Flutwellen und Stromausfälle berücksichtigt werden. Fest steht bereits, dass Faktoren wie Alter, Typ und Lage des Atomkraftwerks Rechnung getragen wird. Die Stresstests werden freiwillig erfolgen und von unabhängigen Experten durchgeführt werden. Die Kommission wurde damit beauftragt, diesbezügliche Details auszuarbeiten. Unterstützt wird sie dabei durch weitere Koordinierungstreffen von Vertretern der Mitgliedstaaten, der Atomsicherheitsbehörden und der Atomindustrie. Bis Ende Juni sollen einheitliche Kriterien und Standards feststehen, sodass die Tests in der zweiten Jahreshälfte durchgeführt werden können. Europaweite Stresstests waren im Vorfeld auch von den beiden stärksten Fraktionen im Europäischen Parlament, der Europäischen Volkspartei (EVP) und den Sozialdemokraten (S&D), gefordert worden. Entsprechend wurde die umgehende Reaktion der Kommission begrüßt. Oettinger kündigte ferner an, Nachbarländer wie die Schweiz, Russland oder die Türkei einzubezie-

hen und die Diskussion über verschärfte Sicherheitsstandards auch in die Internationalen Atomenergiebehörde sowie die G8 und G20 zu tragen. Es bleibt abzuwarten, ob es gelingt, hinreichend strikte europäische Standards zu entwickeln. Zudem ist nicht abschließend geklärt, wie mit Atomkraftwerken zu verfahren ist, welche den Stresstest ggf. nicht bestehen.

Darüber hinaus hat die Diskussion über weitere Konsequenzen für die EU-Energiepolitik begonnen. Die Kommission schlägt vor, die Anwendung und eine mögliche Vertiefung der neuen Kernenergiesicherheits-Richtlinie früher als ursprünglich vorgesehen, d.h. noch deutlich vor 2014, zu debattieren. Zudem geht es bereits um Folgen für die EU-Energiepolitik, die sich aus einer möglichen Abkehr von der Kernenergie in einigen Mitgliedstaaten ergeben könnten. Fraglich ist in diesem Zusammenhang vor allem, ob unter solchen Voraussetzungen noch die kurz- und mittelfristigen EU-Ziele zur Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen erreicht werden können. Angestrebt wird, die CO<sub>2</sub>-Emissionen – im Vergleich zu 1990 – bis 2020 um 20 Prozent und bis 2050 um 80 bis 95 Prozent zu senken. Kernenergie als vergleichsweise CO<sub>2</sub>-arme Form der Energiegewinnung stellt in einigen Mitgliedstaaten ein wichtiges Instrument zur Zielerreichung dar. Vor diesem Hintergrund fordert Peter Liese, EVP-Koordinator im Umweltausschuss, größere Anstrengungen bei der Förderung von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Der Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Joseph Daul, gibt darüber hinaus zu bedenken, dass die Bedeutung der Kernenergie für die Energieunabhängigkeit Europas nicht ausgeblendet werden darf.

Die Kommission hat in Reaktion auf die Atomkrise ihre traditionelle Zurückhaltung in atompolitischen Fragen aufgegeben. So berief Oettinger nicht nur einen Sondergipfel der EU-Energieminister ein, der Energiekommissar sprach sich zudem für die Durchführung von